

## **Rede 1. Mai Natascha Wey - Lenzburg**

Liebe Genossinn:innen, liebe Kolleg:innen, liebe Gäste der 1. Mai-Feier hier in Lenzburg,

Vor einigen Jahren, ich glaube, es war 2013, hatten die im VPOD organisierten Hauswarte ihre Verbandskonferenz. Alle vier Jahre treffen sich Hauswarte aus der ganzen Schweiz und beraten die Probleme in ihrem Berufsalltag, die Verbindungen zur Politik und stellen Forderungen auf. Im Jahr 2013 war das Thema: Sparmassnahmen. Die Hauswarte haben dazu ein Positionspapier verfasst mit dem Titel: «Kurzer Nutzen, langer Schaden.» Sie zeigen auf, dass es längerfristig teurer kommt, wenn man beim Unterhalt spart: Hauswarte erkennen Schäden an Gebäuden früh, sie können sie flicken und grössere Investitionen so vermieden werden. Wenn gespart wird, so greifen zum Beispiel Verwaltungen oft zum Mittel des «Investitionsstopps»: Hauswarte dürfen nur noch behelfsmässig reparieren und müssen zusehen, wie teurere Geräte vor die Hunde gehen und am Ende werden sehr viel teurere Neuanschaffungen nötig. Oft leidet die Qualität – übrigens auch, wenn Hauswarts- oder Reinigungsdienste privatisiert und ausgelagert werden. Die Hauswarte sind also interessiert daran, dass keine Sparmassnahmen umgesetzt werden, sondern dass sie ihre Arbeit autonom und eigenverantwortlich machen können mit einem soliden Budget und einem guten Planungshorizont. So kann gute Infrastruktur sichergestellt werden. Die Arbeit der Hauswarte ist nämlich oft unsichtbar. Wenn alles funktioniert, haben sie ihren Job gemacht, es braucht sie nicht erst, wenn die Infrastruktur defekt ist.

Liebe Kolleg:innen, wieso beginne ich also am 1. Mai 2021, mitten in einer globalen Pandemie, die schier endlos scheint und viele gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Schwachstellen offengelegt hat, meine Rede ausgerechnet mit einem Positionspapier

der Hauswarte aus dem Jahr 2013? Aus dem einfachen Grund: die Warnungen der Hauswarte im Kleinen haben sehr viel gemeinsam mit der Situation, in der wir uns heute befinden. So wie zum Beispiel die Hauswarte dafür sorgen, dass die Infrastruktur einer Schule funktioniert, die Turnhalle im Schuss ist und die Geräte sicher, die Klassenzimmer bereit und das Schulareal frei von Müll und Abfall, so braucht es eben auch einen solid ausfinanzierten Service Public und eine gute Grundversorgung. Der Nutzen ist besonders in Krisenzeiten sichtbar. Fehlt die Grundversorgung in der Krise, so ist das fatal. Und sie fehlt eben oft dort, wo falsches Effizienzdenken und Gewinnstreben Einzug hält.

Beispielhaft haben wir das im vergangenen Jahr im Gesundheitswesen gesehen. Es gab Engpässe auf den Intensivstationen, Operationen mussten verschoben werden, Personal fehlte an allen Ecken und Enden. «Ein Intensivbett ohne Personal ist einfach ein Möbelstück», diesen Satz habe ich vergangenen Herbst irgendwo an eine Wand gesprayed gelesen. Ich fand ihn sehr treffend. Ständig wurde während dieser Pandemie diskutiert, wie viele «Betten» in den Spitälern noch zur Verfügung stehen. Dass die Engpässe vor allem beim Personal bestehen, diese Wahrheit wurde etwas weniger gern gehört.

Das Personal im Gesundheitswesen wird von der Politik hauptsächlich als Kostenfaktor gesehen. Bitte schneller arbeiten, bitte effizienter sein, bitte weniger Patient:innenkontakt und mehr Administration, damit dann die Krankenkasse zufrieden ist. Das ist das Ergebnis einer auf Effizienz getrimmten Spitalversorgung. Dieses System muss dringend reformiert werden; die sogenannte Subjektfinanzierung ("SwissDRG-Fallkostenpauschalen") verhindert nicht nur die – im Pandemiefall so wichtige – Bildung von "Vorhalteleistungen" (Reservebetten etc.) sondern sie belastet auch das Personal seit Jahren über alle Massen.

Wir wollen das nicht mehr länger hinnehmen. Der VPOD hat deshalb letzten Oktober mit anderen Organisationen aus dem Gesundheitsbereich eine grosse Protestwoche organisiert. Das Personal hat seine Forderungen klar artikuliert: «Wir machen so nicht weiter.» 50% der Pflegekräfte steigt aus dem Beruf wieder aus. Die Menschen sind erschöpft, physisch und psychisch. Es braucht bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, mehr Personal, ein Gesundheitswesen, das sich an den Bedürfnissen der Patient:innen und nicht der Krankenkassen ausrichtet.

Die Politik und die Arbeitgeber hatten dafür bisher wenig Gehör. Das Motto aktuell ist eher: Nach der Welle ist vor der Welle. Und zwischen den Wellen, müssen die ausgefallenen Behandlungen nachgeholt werden. Statt Pausen und Prämien gibt's Überstunden und mehr Stress.

Auch für die längerfristige Besserung der Situation hat sich nicht viel getan: Der vom Parlament verabschiedete Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative ist unzureichend, denn er verbessert die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals kein bisschen. Die Pflegeinitiative muss zur Abstimmung kommen, damit es endlich vorwärts gehen kann. Doch auch sie löst nur ein Teil des Problems.

Die Medizin, die Grundversorgung ist der falsche Ort für Gewinnstreben und Fehlanreize. Als man die Fallpauschale im Jahr 2012 eingeführt hat, wurde behauptet, sie würde Kosten senken. Das Gegenteil ist der Fall: Das Gesundheitswesen wurde ständig teurer, die Grundversorgung ausgehöhlt, es lohnen sich teure Eingriffe und hochspezialisierte Behandlungen. Und was sich lohnt, das wollen alle machen. Also machen alle teure Eingriffe und hochspezialisierte Behandlungen. Etwas weniger gern macht man das, was halt so nötig ist: Blinddärme, Geburten und allgemeine Medizin.

Liebe Kolleg:innen, als Gemeinderätin der SP Stadt Zürich bin ich in der Gesundheitskommission und kenne die Diskussionen über Spitalfinanzierungen, Spitalrechnungen und Anreize zur Genüge. Da

hört man dann Sätze wie: «Wegen der Schutz und Hygienemassnahmen hat es jetzt weniger Kinder, die schwer krank sind. Das heisst, wir haben grosse Ausfälle und Defizite auf der Pädiatrie. Wir müssen schauen, wie sich das entwickelt.» Das ist wirklich eine absurde und zynische Weltsicht. Wenige kranke Kinder sind eine gute Entwicklung und nicht einfach ein ausbleibender Posten in der Rechnung.

Ein System, das nach diesen Gegebenheiten funktioniert, ist ein falsches System. Und es ist ähnlich, wie das Beispiel oben mit den Hauswarten: Die Hauswarte werden ja auch nicht dafür bezahlt, dass sie möglichst teure Schäden flicken, sondern die Idee wäre, teure Schäden zu verhindern. In der gleichen Logik sollte der gesamte Service Public funktionieren.

Liebe Kolleg:innen: Die Krise hat gezeigt wie wichtig eine Stärkung des Service public und der Grundversorgung ist. Man traut ja manchmal seinen Ohren nicht: Mittlerweile fordern sogar neoliberale Heisssporne den Aufbau einer staatlichen Impfproduktion. Das ist ein Anfang. Was jetzt fehlt ist die allgemeine Einsicht, dass gestärkte kollektive Lösungen zur Bewältigung der "multiplen Krise" überall unabdingbar sind: Nicht nur die Pandemiebekämpfung, auch etwa die Bekämpfung der Klimaerhitzung oder der Care-Frage ist nur in einem koordinierten gemeinschaftlichen Kraftakt überhaupt möglich.

Von unserer Seite müssen wir weiter dafür kämpfen, dass die Erkenntnisse der Hauswarte für den ganzen Service Public umgesetzt werden. Die Schweiz, der Staat, die Kantone könnten sich das locker leisten: Wir schwimmen nach Jahren kumulierter positiver Rechnungsabschlüsse im Geld. Sogar für das Jahr 2020 haben fast alle Kantone massive Gewinne präsentiert – und dies trotz kostspieliger Pandemiebekämpfung und trotz vieler nötigen Ausgaben für Unterstützungsmassnahmen. Es ist deshalb absolut nicht der Zeitpunkt für kurzsichtige Sparprogramme (wie etwa der Kanton SG soeben eines beschlossen hat) auf dem Buckel derjenigen, die durch die Krise bereits enorm belastet sind: Die Haushalte mit tiefen und

mittleren Einkommen. Ganz im Gegenteil: Die Kantone müssen endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und grosszügige Unterstützungshilfen auszahlen. Von "Härtefällen" kann überhaupt nicht mehr die Rede sein – ansonsten riskieren wir völlig unnötig den Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen.

Das darf nicht sein. Und es darf auch nicht sein, dass bürgerliche Kantonsregierungen, ich nehme an, der Aargau ist hier an vorderster Front mit dabei, die Krise nun dafür ausnutzen, ihre politischen Agenden durchzudrücken. Und mit Argumenten wie: «Es müssen in der Krise alle einen Beitrag leisten» ihre Pfründe sichern und alle anderen im Regen stehen lassen.

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeiter:innen. Seit über hundert Jahren macht die Gewerkschaftsbewegung an diesem Tag auf ihren Kampf aufmerksam. Das lassen wir uns trotz Pandemie (und Regen) auch heute nicht nehmen. Die Mitarbeitenden im Service Public, im Gesundheitswesen, in der Altenbetreuung, im Elektrizitätswerk, in der Reinigung, am Steuer des Lastwagens, im Verkauf, im Schulzimmer und in den Kitas, sie haben die Gesellschaft durch diese Krise getragen. Es ist Zeit, auf ihre Forderungen nach höheren Löhnen, besseren Arbeitsbedingungen und einer anständigen Rente einzutreten! Es ist Zeit für eine soziale Wende!

Ich wünsche Euch einen wunderbaren 1. Mai!

Es gilt das gesprochene Wort.